

II-1186 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 12. Feb. 1969 No. 1118/1

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Broda
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend Aufkündigung eines Bestandsvertrages durch die
Finanzprokuratur.

Den unterzeichneten Abgeordneten ist folgender Sachverhalt zur
Kenntnis gekommen:

In Bestandsobjekten in Innsbruck, Mitterhoferstr. 7a, die
seinerzeit von der ehemaligen "Deutschen Wehrmacht" errichtet
wurden und jetzt im Eigentum der Republik Österreich stehen, sind
seit 1945 Personen untergebracht, die aktive Widerstandskämpfer
gegen den Nationalsozialismus gewesen sind.

Nunmehr ist die Finanzprokuratur dazu übergegangen in diesen
Fällen gerichtliche Aufkündigungen einzubringen. Dies ist z.B.
im Falle des Inhabers der "Amtsbescheinigung für Opfer des
Faschismus" T 174 der Fall. Die von der Finanzprokuratur beim Be-
zirksgericht Innsbruck am 22.11.1968 unter Geschäftszahl K2o1/68
eingebrachte Aufkündigung stützt sich auf die seinerzeitige Zweck-
widmung zur "Unterbringung von aktiven Wehrmachtsangehörigen" und
führt wörtlich aus: "Die ursprüngliche Widmung wurde immer auf-
recht gehalten. Es besteht nunmehr dringender Bedarf an der aufge-
kündigten Wohnung für einen aktiven Angehörigen des österreichischen
Bundesheeres."

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Herrn Bundes-

- 2 -

minister für Landesverteidigung nachstehende

A n f r a g e n :

- 1.) Ist Ihnen die Tatsache der Einbringung der gerichtlichen Aufkündigung betreffend die Bestandsobjekte Innsbruck, Mitterhoferstr. 7 a, bekannt?
- 2.) Ist Ihnen bekannt, daß die Finanzprokuratur die Aufkündigung auf die seinerzeitige Widmung der Bestandsobjekte für Zwecke der ehemaligen "Deutschen Wehrmacht" stützt ?
- 3.) Sind Sie bereit, kraft Ihres Aufsichtsrechtes die Finanzprokuratur anzuweisen, ihren unhaltbaren Rechtsstandpunkt vor der weiteren Rechtswirksamkeit der seinerzeit erfolgten Widmung der Bestandsobjekte für Zwecke der Deutschen Wehrmacht aufzugeben und die gerichtsanhangigen Aufkündigungen gegen Inhaber von Amtsbescheinigungen für Opfer des Faschismus zurückzuziehen bzw. keine weiteren derartigen Aufkündigungen einzubringen ?